



# Kurzinfo Türkei

Nr. 01 Okt. 2006

## Editorial

*Umwelt- und Energiepolitik sind zentrale Politikfelder im Prozess der Modernisierung in der Türkei. Der rapide wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel – Wirtschaftswachstum, Migration, Megastädte, etc. – stellt hohe Anforderungen an die Politik im Hinblick auf die Bereitstellung von Infrastruktur, Gesetzgebung, Kontrollmechanismen und die Förderung eines gesellschaftlichen Umweltbewusstseins und -engagements.*

*Umfragen verdeutlichen ein steigendes Umweltbewusstsein in der Türkei – insbesondere unter Jugendlichen. Eine Politik der Nachhaltigkeit wird durch die Unterzeichnung von internationalen Abkommen und die fortschreitende Anpassung der Umweltgesetzgebung an EU Standards ebenso wie durch das wachsende Umweltbewusstsein in der türkischen Gesellschaft und das Engagement der Umweltbewegung weiter an Bedeutung gewinnen.*

*Dieses KURZINFO von Stefan Hibbeler (Istanbul) gibt einen Überblick zu aktuellen Fragen der Umwelt- und Energiepolitik in der Türkei im Herbst 2006.*

*Die KURZINFOS der Friedrich-Ebert-Stiftung erscheinen in unregelmäßigen Abständen zu aktuellen Themen in Ergänzung zu unserem regelmäßig erscheinenden NEWSLETTER TÜRKEI.*

*Bettina Luise Rürup*

## Inhalt

- 1 Umweltpolitik
- 4 Energiepolitik

## Aktuelle Themen der Umweltpolitik in der Türkei 2006

Migration und Industrialisierung stellen die Türkei in der Umweltpolitik vor besonders große Herausforderungen. Die Türkei hat zwar drei von vier UN-Umweltabkommen ratifiziert, doch weicht die Umweltgesetzgebung noch stark von den EU-Umweltnormen ab. Große Investitionen sind erforderlich, um die noch lückenhafte Entsorgungsinfrastruktur an moderne Anforderungen anzupassen. Nach Einschätzung der EU-Kommission sind die Möglichkeiten der Überwachung und Umsetzung der Umweltgesetzgebung bisher noch unzureichend.

Ein starker Entwicklungsbedarf wird bei Industrieunternehmen gesehen, die vielerorts nicht über vorgeschriebene Schutz- und Entsorgungseinrichtungen verfügen. Der Schutz der natürlichen Umwelt und der Kulturlandschaft genießt heute zwar mehr Aufmerksamkeit als zuvor – doch richtet diese sich vor allem auf spektakuläre

Fälle wie Giftmüllfunde im Istanbuler Stadtbezirk Tuzla im Frühjahr 2006 oder die Verhinderung von Giftmüllimporten. Das wachsende umweltpolitische Interesse der Bevölkerung ist nicht zuletzt ein Erfolg verschiedener Umweltschutzorganisationen und –initiativen, die sich in verschiedenen Regionen – auch unter Beteiligung einiger Berufskammern – zu Netzwerken zusammengeschlossen haben.

### Fehlende Kläranlagen und Mülldeponien

Nur ein geringer Teil der Mülldeponien entspricht den in der Türkei geltenden Vorschriften. Daten aus dem Jahr 2001 zeigen, dass nur die Abfälle von 24 % der Bevölkerung ordnungsgemäß entsorgt werden. Nach Auskunft des Ministers für Umwelt und Forsten, Osman Pepe, verfügen von 3.250 Kommunen nur 225 über Abwasserklär- einrichtungen. Er schätzte bei den Haushaltsberatungen 2004 das nötige Investitionsvolumen zur Schaffung einer den

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Cihannüma Mahallesi  
Mehmet Ali Bey Sk. 10/D5  
34353 Besiktas-Istanbul  
Türkei  
Tel: +90 212 310 82 37  
contact@festr.org  
www.festr.org

Referat  
Westliche Industrieländer  
www.fes.de/international

**FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG**

## Umweltpolitik

EU-Normen entsprechenden Umwelteinfrastuktur auf 40 bis 50 Mrd. Euro.

In einem Interview mit der Zeitschrift des türkischen Arbeitgeberverbandes TISK gab Pepe außerdem an, dass für die Anpassung an EU-Normen Übergangsfristen von bis zu 15 Jahren erforderlich sein werden.

Besondere Entsorgungsprobleme bestehen im Hinblick auf industriellen Sondermüll und Abfälle des Gesundheitswesens. Der Fund von Giftmüllfässern auf einer Wiese im Istanbuler Stadtbezirk Tuzla im Februar 2006, entfachte eine Diskussion über Möglichkeiten der rechtlichen Handhabe gegen illegale Entsorgungen. Zugleich wurde deutlich, dass die Entsorgungskapazitäten für giftige Abfälle in der Türkei unzureichend sind. So meldete die Tageszeitung *Zaman* Anfang Juni, dass die einzige Einrichtung für die Vernichtung und Deponierung von Sondermüll der Türkei, die IZAYDAS in Izmit, bis Anfang 2007 ausgelastet sei. Nach Einschätzung von Umweltminister Pepe fallen jährlich in der Türkei eine Million Tonnen Sondermüll an. IZAYDAS verfügt jedoch nur über eine Kapazität von 100.000 t/Jahr.

#### Private Wirtschaft soll aktiver werden

Ein großer Teil von Industrie und Handwerk in der Türkei verfügt weder über Umweltschutz- noch über Arbeitsschutzeinrichtungen für die Beschäftigten, die türkischen und internationalen Maßstäben entsprechen. Eine Studie des Türkischen Statistikinstitutes gibt an, dass 2002 ein Drittel des Abwassers der organisierten Industriegebiete ohne vorherige Klärung abgeleitet wurde. Viele Betriebe befinden sich jedoch außerhalb solcher Industriegebiete und geben das Abwasser entweder an die Kanalisation oder umliegende Gewässer ab. Für Betriebe mit besonders giftigen Abwässern gibt es in verschiedenen Regionen Bestrebungen, diese in Industriegebieten mit eigener Kläranlage zusammenzufassen.

Insbesondere in stärker industrialisierten Gebieten wie Thrakien und Kocaeli erreicht die Gewässerverschmutzung schon jetzt ein gesundheitsgefährdendes Niveau. Auch im Hinblick auf die Luftverschmutzung durch Industriebetriebe mehren sich die Proteste – insbesondere im Zusammenhang mit der Errichtung neuer Zementfabriken.

#### Kritik an der Kontrollkapazität der öffentlichen Verwaltung

Die Türkei verfügt, auch wenn sie bisher nicht in allen Bereichen internationale Standards übernommen hat, über eine moderne Rahmengesetzgebung für den Umweltschutz. Während die strategisch-planerischen Aufgaben beim Ministerium für Umwelt und Forsten angesiedelt sind, obliegt die Überwachung der Umweltvorschriften den Provinzverwaltungen und Kommunen. Mit der Aufnahme von Umweltvergehen ins Strafgesetzbuch ist ab Oktober 2006 eine dritte Zuständigkeit bei Staatsanwaltschaft und Strafverfolgungsbehörden geschaffen worden.

Von Kritikern wird eingewandt, dass neben fehlender Kontrollkapazität auch Probleme in der Verteilung der Zuständigkeiten der beteiligten Institutionen bestehen, die eine wirksame staatliche Durchsetzung des Umweltschutzes behindern. Es wird bezweifelt, dass die Sanktionsmittel geeignet sind, von Umweltstraftaten abzuschrecken. Bisher verfügte das Umweltrecht nur über das Instrument der Geldstrafe. Diese wiederum liegen auf einem Niveau deutlich unter den Kosten für eine fachgerechte Entsorgung. Durch die Änderung des Umweltgesetzes vom Mai 2006 kann jetzt jedoch außerdem gegen Unternehmen eine Betriebsstilllegung verhängt werden. Welche Auswirkung die vorgesehene Strafrechtsbestimmung haben wird, bleibt offen.

#### Umweltbewegung fordert Beteiligung

Beim Wiederaufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen nach dem Militärputsch von 1980 hat die Umweltbewegung eine wichtige Rolle gespielt. Es begann in den 1980er Jahren mit lokalen Initiativen. Sie richteten sich gegen Projekte wie das Kohlekraftwerk von Gökova oder das Zementwerk Akçimento in Istanbul. Die Kampagne zum Schutz der Meeresschildkröten von Köyceğiz und städtebauliche Bewegungen in Ankara und Istanbul sind weitere Beispiele. In den 1990er Jahren gewann die Anti-Atom-Bewegung an Bedeutung. Regionale Netzwerke von Umweltgruppen am Schwarzen Meer, der Ägäis, Inneranatoliens und des Marmara-Gebietes schlossen sich im Sommer 2005 zur nationalen Umweltplattform TÜRÇEP zusammen.

Der Widerstand der Bauern von Bergama gegen eine mit Zyanid arbeitende Gold-

waschanlage entwickelte neue, kreative Aktionsformen, die für andere Organisationen zum Vorbild wurden. Zugleich zeigte der Widerstand in Bergama Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerinitiativen auf: es ist der Initiative gelungen, über mehrere Jahre Öffentlichkeit für dieses Thema zu schaffen und den Betrieb der Anlage auf juristischem Wege zu behindern. Andererseits zeigt sich hier auch, wie schwierig die Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen sein kann. Trotz mehrerer gerichtlicher Stilllegungsverfügungen wurde immer wieder eine neue Betriebserlaubnis erteilt.

Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte aus den Jahren 2004 und 2006 bescheinigen der türkischen Regierung einen Verstoß gegen Artikel 6 der Menschenrechtskonvention, d.h. gegen den Rechtsgrundsatz eines „fairen Gerichtsverfahrens“.

Mit der Übernahme der Agenda 21 durch einige türkische Kommunen haben auch Umweltinitiativen und Vereine neue Spielräume gewonnen, ihre Interessen einzubringen. Das neue Kommunalgesetz, das die Einrichtung von Beratungsräten der Kommunalverwaltungen vorsieht, eröffnet einen weiteren Weg, Umweltinteressen in staatliche Entscheidungsprozesse einzubringen.

Durch ihren Zugang zu den überregionalen Medien erweist sich Greenpeace auch in der Türkei als wichtige Organisation, umweltpolitische Fragen aufzugreifen und auf die Tagesordnung zu bringen. Insbesondere die langjährige Greenpeace-Arbeit zu den Schiffsabwrackbetrieben an der Ägäis hat zu einer Sensibilisierung im Hinblick auf die Umweltbelastungen geführt. Ein konkretes Beispiel ist die Zurückweisung des Schiffes Otapan im September 2006. Das Schiff sollte von Holland zum Abwracken in die Türkei überführt werden. Es stellte sich jedoch heraus, dass die deklarierte Asbestbelastung des Schiffes um ein Vielfaches höher lag, als angegeben.

### **Schutz von Umwelt und Kulturlandschaft**

Neben dem weltweiten Klimawandel führt auch die ressourcenintensive landwirtschaftliche Nutzung zu einer Gefährdung des Ökosystems. So hat beispielsweise eine falsche Bewässerungstechnik in Konya, einem der Zentren des türkischen Weizenanbaus, nicht nur zur Ertragsverminderung, sondern auch zur drohenden Austrocknung eines

Sees von 350 Quadratkilometern beigetragen. Moderne Bewässerungsmethoden wie die Tropfen-Bewässerung sind bisher in der Türkei nicht weit verbreitet.

Die Koordination der Wassernutzung liegt bei der staatlichen Wasserverwaltung DSI, die sich jedoch über die Vielzahl nicht genehmigter Brunnen beklagt. Der World Wildlife Fund (WWF) hat mit einem Pilotprojekt begonnen, das die Koordination zwischen staatlichen Verwaltungsstellen, NGOs und Wassernutzern zu verbessern, um auf diese Weise dem sinkenden Wasseraufkommen in der Provinz zu begegnen.

Die Stiftung TEMA, die sich die Bekämpfung von Erosion, Wiederaufforstung und Entwicklung des ländlichen Raumes zum Ziel gesetzt hat, führt neben Forstprojekten in der West-Türkei auch Informationskampagnen durch, die dazu beigetragen haben, das Problem der Erosion in der Türkei bekannt zu machen.

Neben Projekten zur Landgewinnung für die Landwirtschaft, die in den Wasserhaushalt eingreifen und weltweit einzigartige Biotope bedrohen, gefährden an der Ägäis und der Mittelmeerküste touristische Projekte eine Reihe von Naturschutzgebieten.

Probleme vielfältiger Art ergeben sich außerdem aus den großen Staudammprojekten, die zur Stromgewinnung und landwirtschaftlichen Bewässerung geplant sind. Das GAP-Projekt, das bis 2010 abgeschlossen werden soll, zielt darauf, mit Hilfe großer Staudämme das Wasser von Euphrat und Tigris zu kontrollieren. Kritisiert werden in diesem Zusammenhang nicht nur die geplante Umsiedelung der Bevölkerung und deren tief greifenden sozialen Auswirkungen, sondern auch die Gefährdung historischer Kunstschatze wie das Beispiel Zeugma zeigt. Ein weiteres Projekt, das international kritisch diskutiert wird, ist der Ilisu-Staudamm. Türkische Umweltschutzgruppen haben in diesem Zusammenhang die EU und ihre Mitgliedsstaaten aufgefordert, angesichts der Verletzung internationaler Standards ihre Förderung des Projektes zurückzuziehen. Die Nachbarländer Irak und Syrien verfolgen die Pläne im Südosten der Türkei mit Sorge, da sie sowohl eine Verringerung des Wasserstandes der beiden Flüsse wie auch eine sinkende Wasserqualität befürchten.

**Auseinandersetzungen über Kostenverteilung werden zunehmen**

Die Auseinandersetzung darüber, wie die nötigen Mittel zur Finanzierung der erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen aufzubringen sind, wird in den kommenden Jahren zunehmen. Der Versuch der Regierung, einen Teil der nötigen Investitionen an private Investoren zu übertragen, verschleierte letztlich das Problem. Zwar wird der Staatshaushalt nicht belastet, die Investitionskosten werden dann jedoch über

erhöhte Nutzungsentgelte direkt von den Bürgern erhoben.

Wirtschaftsorganisationen warnen im Zuge des EU-Prozesses vor voreiligen Schritten. Insbesondere im Bereich des Umweltschutzes wird die Regierung aufgefordert auf lange Übergangsfristen zu drängen, da die Umsetzung des EU-Rechtsbestandes in diesem Bereich die Wettbewerbsfähigkeit des türkischen Gewerbes sehr nachteilig beeinflussen werde.

**Aktuelle Themen der Energiepolitik in der Türkei 2006**

Als zum Jahreswechsel 2005/06 aufgrund der Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine Lieferschwankungen beim Erdgas auftraten, mehrte sich die Kritik an der Abhängigkeit der Türkei von importierten Energieträgern. Bereits zuvor hatte Energieminister Hilmi Güler erklärt, dass der Einstieg in die zivile Nutzung der Atomenergie vollzogen werden solle. Neuere Daten des staatlichen Energieproduzenten TEIAS zeigen zudem, dass in den kommenden Jahren Bedarf an zusätzlichen Kraftwerken besteht. Nach der Verabschiedung des Gesetzes über erneuerbare Energie im Mai 2005 sind verstärkt Investitionen in Solar- und Windenergie getätigt worden, an denen sich auch die großen Holdings der Türkei beteiligen. Mit der Ausschreibung von drei Versorgungsgebieten beginnt die Türkei in diesem Jahr den Prozess der Privatisierung der Stromversorgung.

**Erdgas ist wichtigster Träger der Stromerzeugung**

Im ersten Quartal 2006 wurden in der Türkei 30,6 GWh Strom produziert. 47% der Energieproduktion entfiel auf den staatlichen Produzenten EÜAS, 43% auf private Kraftwerke und 10% auf Industriekraftwerke.

Die Öl- und Gasvorkommen in der Türkei reichen für den Eigenbedarf nicht aus. Es gibt nach wie vor bedeutende Kohlevorkommen. Bei der Stromerzeugung trägt die Kohle mit 29% bei, wobei manche Kraftwerke Importkohle verwenden. In den Privathaushalten erhöht sich die Zahl der Erdgasabonnenten schnell, was zu einem

Rückgang der Kohlefeuerung führt. Eine im Juni vom staatlichen Stromproduzenten TEIAS vorgelegte Studie über das Verhältnis von Bedarfsentwicklung und Produktionskapazität kommt zu dem Schluss, dass zwischen 2009 und 2015 unter Berücksichtigung der derzeit genehmigten Neubauprojekte ein Versorgungsengpass auftreten wird.

Bei der Nutzung alternativer Energiequellen lässt sich in den vergangenen Jahren eine langsame Zunahme feststellen. So stieg die Nutzung von Wind zur Stromerzeugung von 1999 bis 2005 von 21 auf 59 GWh. Bei der Nutzung der Sonnenenergie für die Strom- und Wärmeerzeugung lag der Anstieg im gleichen Zeitraum bei 63%, bei der Thermalenergie bei 50%.

**Investitionen in erneuerbare Energien**

Mit dem im Mai 2005 erlassenen Gesetz zu erneuerbarer Energie wurde ein wichtiges Hemmnis überwunden, das der Entwicklung insbesondere von Wind- und Sonnenenergie jahrelang im Wege gestanden hat. Die Eröffnung eines neuen Windkraftwerks in Bandirma im Beisein von Ministerpräsident Tayyip Erdogan Anfang September 2006 war zugleich ein Zeichen für die zunehmende Investitionstätigkeit in alternative Energien. Für die kommenden Monate wird die Fertigstellung weiterer Windkraftwerke angekündigt, womit sich die Nutzung der Windenergie mehr als verdoppeln wird. Erdogan erklärte bei der Eröffnung, dass es Ziel der Regierung sei, bei der Stromerzeugung einheimischen Energieträgern

wie Kohle, Wind und Wasser Vorrang einzuräumen. Erdgas solle vor allem für Heiz- und industrielle Zwecke verwandt werden.

In der Zwischenzeit finden zudem intelligente Modelle zur Nutzung alternativer Energiequellen ihren Weg in die Medien. So entschloss sich die Stadtverwaltung von Konya, ein neu angelegtes Erholungsgebiet nicht über das öffentliche Stromnetz sondern durch Sonnenenergie mit Strom zu versorgen. Die Kosten für den Stromanschluss wären deutlich höher gewesen, als die nun installierte Solarstromanlage.

Für die türkische Landwirtschaft stellen die Treibstoffpreise ein wichtiges Problem dar. Seit Jahren fordern sie eine Steuerbefreiung auf in der Landwirtschaft benutzten Dieselmotorkraftstoff. Agraringenieure schlagen eine Förderung des Anbaus von Pflanzen vor, die sich für die Gewinnung von Biodieselmotorkraftstoff eignen. Voraussetzung wäre jedoch ein Zusammenschluss dieser Betriebe, da sich die Biodiesel-Anlagen sonst nicht wirtschaftlich betreiben ließen.

### Atompläne der Regierung

Die türkische Regierung hat die zivile Nutzung der Atomenergie beschlossen. Nachdem im Frühjahr die Schwarzmeerküste Sinop als möglicher Standort für ein Atomkraftwerk ins Gespräch gebracht wurde, begannen im April die Verhandlungen zwischen Energieministerium und interessierten Firmen. Die Lizenzvergabe solle durch öffentliche Ausschreibung erfolgen. Über die geplante Technologie und die vorgesehene Kapazität der Kraftwerke ist bisher offiziell noch keine Entscheidung getroffen worden. Im Gespräch ist eine Leistung von 2.000 bis 3.000 MW.

Seit den 1960er Jahren haben verschiedene türkische Regierung Atomenergieprojekte verfolgt. Insbesondere nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl und dem nachfolgenden Fallout an der türkischen Schwarzmeerküste ist die Sensibilität der türkischen Öffentlichkeit für das Thema stark gestiegen. Als zum Jahreswechsel 2005/06 die Atomenergieprojekte der Regierung an Aktualität gewannen, entstanden mehrere Netzwerke von AKW-Gegnern, die bereits erste Aktionen in Sinop sowie zum Weltfriedenstag durchführten. Die Atomkraftgegner wenden ein, dass diese Technologie weder kostengünstig

noch sicher sei. Als Importtechnologie trage sie zudem auch nicht zu größerer Unabhängigkeit in der Stromversorgung bei. Sie verweisen darauf, dass angesichts des iranischen Atomprogramms auch in der Türkei langfristig die militärische Nutzung der Atomkraft geplant sein könnte.

### Privatisierung der Strombelieferung

Ende August wurde für drei Pilotregionen die Privatisierung der Strombelieferung begonnen. Das Ausschreibungsverfahren soll bis zum Jahresende abgeschlossen werden. Die übrigen Regionen sollen ab dem kommenden Jahr in drei bis vier Wellen folgen.

Als wichtigstes Argument für die Privatisierung werden die starken Leistungsverluste des Stromnetzes angeführt. Diese werden zum einen auf veraltete Leitungen und Transformatoren und zum anderen auf ein hohes Aufkommen illegaler Stromentnahmen zurückgeführt. Als ein drittes Problem kommt noch die schlechte Zahlungsmoral vieler Stromkunden hinzu. Durch die Privatisierung soll zum einen das nötige Kapital für die Modernisierung des Leitungsnetzes beschafft werden. Zum anderen wird davon ausgegangen, dass private Unternehmen wirksamer gegen Stromdiebstähle und säumige Zahler vorgehen werden.

### Energiepolitik bleibt stark umstritten

Die größte Oppositionspartei (CHP) wirft der Regierung vor, die Fehler zu wiederholen, die zur Einleitung von Gerichtsverfahren gegen zwei früherer Energieminister geführt haben. Neben dem Verweis auf die undurchsichtigen langjährigen Gaslieferungsabkommen kritisiert sie dabei auch die Vergabeentscheidungen für Lizenzen an private Unternehmen. Die Union der türkischen Ingenieur- und Architektenkammern (TMOBB) hat wiederholt den Vorwurf erhoben, dass durch die Privatisierung der Stromerzeugung nicht Versorgungssicherheit und Kosteneffektivität, sondern Profitinteressen in den Vordergrund energiepolitischer Entscheidungen gestellt werden.

© FES Türkei, 2006

